

SPEZIAL-
AUSGABE



Jahresbericht 2020

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 28 Februar 2021

Public Eye

Inhalt

- 5 **Konzernverantwortungsinitiative**
- 8 **Agrarrohstoffe**
- 13 **Rohstoffe**
- 17 **Gesundheit**
- 20 **Pestizide**
- 25 **Clean Clothes Campaign**
- 28 **Handelspolitik**
- 31 **Schulbesuche**
- 32 **Freiwillige**
- 35 **Organisation**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2020**
- 51 **Mission**



Pierrette Rohrbach, Präsidentin

PUBLIC EYE MAGAZIN Spezialausgabe |
Jahresbericht 2020, Nr. 28 | Februar 2021

—
ISSN 2504-1266 – Das Public Eye Magazin erscheint
6 Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitglied-
schaft inklusiv Abonnement 75 Franken pro Jahr.

REDAKTION Roman Bolliger und Daphne
Grossrieder (D), Ariane Bahri (F) | ÜBERSETZUNG
Maxime Ferréol | GRAFIK Karin Hutter |
ILLUSTRATIONEN opak.cc | DRUCK
Vogt-Schild Druck AG, Cycus Print & Leipa, FSC |
AUFLAGE D: 30 000 Ex./F: 11 000 Ex.

KONTAKT Public Eye
Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch
—
POSTKONTO 80-8885-4

Editorial

Die gegenwärtige globale Krise legt die gravierenden Schwächen des neoliberalen Systems offen, das auf der Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern, natürlicher Ressourcen sowie einer restriktiven Haushaltspolitik basiert. Sie führt uns vor Augen, dass wir beharrlich gegen die bestehenden Ungleichheiten und ihre Ursachen vorgehen müssen, damit die «Welt von morgen» nicht nur für ein paar wenige Privilegierte lebenswert sein wird. Geradezu beispielhaft für dieses Gesetz des Stärkeren, das so viele Menschen im Abseits stehen lässt, ist der Kampf, den die ärmsten Länder führen müssen, um Zugang zu Covid-19-Impfstoffen zu erhalten. Die Pandemie kann jedoch – genauso wie andere Missstände unserer Gesellschaft – nur mit Gerechtigkeit und Solidarität bewältigt werden.

Mit dieser Überzeugung hat das Team von Public Eye auch 2020 alles dafür getan, um trotz der Einschränkungen durch die Krise Recherchen durchzuführen und nachhaltige Veränderungen anzustossen. Es mussten neue Wege der Zusammenarbeit gefunden werden, wie die Illustrationen des vorliegenden Jahresberichts zeigen. Das unglaubliche Engagement rund um die Konzernverantwortungsinitiative hat deutlich gemacht: Zusammen sind wir stark, selbst auf Distanz. Auch wenn sich letzten Endes der Alibi-Gegenentwurf durchgesetzt hat, ist es uns gelungen, eine noch vor wenigen Jahren unvorstellbare Debatte anzustossen und die Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen. Unsere vielen Freiwilligen haben wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen!

Im Namen des Vorstands und des Teams bedanke ich mich herzlich für Ihre wertvolle Unterstützung und das uns entgegengebrachte Vertrauen! | *Pierrette Rohrbach, Präsidentin*



Zahl des Jahres: 50,7 %

Kein Wunder, überschlugen sich nach dem 29. November die Kommentare zum Abstimmungssonntag. An diesem Tag kam eine äusserst professionell geführte Kampagne mit einer noch nie dagewesenen Mobilisierung von Zehntausenden von Menschen zum Abschluss. 80 000 orange Fahnen waren nur die überall sichtbare Spitze des Eisbergs. Die Arroganz der siegesgewohnten Konzernlobbys und ihrer Handlanger in Bern wurde durch das Volksmehr nachhaltig erschüttert.

Bis im Sommer blickte Public Eye – gemeinsam mit dem Initiativsekretariat und den zahlreichen unterstützenden Organisationen – noch gespannt auf das Parlament. Im Nationalrat wurde immer noch ein Gegenvorschlag diskutiert, der genügend Elemente der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) enthielt, dass ein Rückzug für das Initiativkomitee möglich gewesen wäre. Dass er überhaupt so lange diskutiert wurde, lag an der coronabedingten Vertagung der parlamentarischen Frühjahrssession – und damit auch der vorgesehenen Differenzenbereinigung und Schlussabstimmung.

Die Pandemie sabotierte natürlich auch unsere Vorbereitungen für den Abstimmungskampf. Die Aktivistinnen und Aktivisten waren in den Startlöchern und

über 350 Filmabende geplant, Säle gemietet und Flyer gedruckt. Und dann: Lockdown, aus, fertig.

Gegenvorschlag versenkt

Das Ende des Gegenvorschlags ist schnell erzählt: Justizministerin Karin Keller-Sutter schüttelte ein AlibiProjekt aus dem Ärmel, auf den sich der ohnehin ablehnende Ständerat stürzte und der schlussendlich in der Einigungskonferenz verabschiedet wurde. Damit – so das Kalkül – könnten die Stimmbürgerinnen und -bürger soweit versichert werden, dass die Initiative trotz der breiten Zustimmung gebodigt werden könnte. Das Manöver der Bundesrätin gab einen Vorgeschmack darauf, welche Rolle sie im Abstimmungskampf noch spielen würde.

Das schiere Ausmass des bundesrätlichen Campaignings überraschte dann aber schon. Es drängte sich die Frage auf, warum die Justizministerin ihre eigentliche Aufgabe ruhen lassen oder zumindest eindeutig als sekundär behandeln konnte.

Mobilisierung trotz Corona

Unzählige Engagierte steckten die Enttäuschung über die vielen abgesagten Events weg und verlagerten ihre Aktivitäten für den Abstimmungskampf nach draussen oder ins Internet. Ein paar Beispiele, stellvertretend für unzählige kreative Aktionen:

- Eine dreiköpfige Familie aus Bern organisierte eine mehrtägige Tour mit einem Solarkino. Sie zeigte in verschiedenen Innerschweizer Kantonen den Kampagnenfilm «Der Konzern-Report». Sich mit der KVI in Sarnen, Altdorf oder Schwyz zu exponieren, erforderte Mut! Und es brauchte auch Durchhaltevermögen, denn der Winter einbruch im Herbst half nicht bei diesem Unterfangen.
- Engagierte der Public Eye Regionalgruppen zeigten diverse Filme zur KVI. Die Regionalgruppe Zürich stellte beispielsweise eine ganze Filmreihe auf die Beine; zwei Filme mussten am Ende online gezeigt werden. Einer dieser Filmabende fand im Innenhof der Genossenschaft Kalkbreite statt. Zehn Personen von

Vélorution pedalten dankenswerterweise während des ganzen Films, um Strom für den Film zu generieren. Ein grossartiges Erlebnis!

- Die Regionalgruppe Winterthur legte bei einem Anlass den Fokus auf uns Konsumierende und machte sich dabei zugleich für die KVI stark. Unter Einhaltung von Schutzkonzepten gab es im kleinen Kreis einen «Kritischen Kaffeeklatsch und Degustation – unser täglicher Genuss und seine Folgen».
- Neben diversen Aktionen an der frischen Luft konnte die Regionalgruppe Waadt 18 Kunstschaaffende rund um Lausanne mobilisieren. Statt an einer Ausstellung mit Vernissage wurden die Werke virtuell präsentiert.
- Grossartiges individuelles Engagement im ganzen Land: Leserbriefe und Postkarten schreiben, Fahnen aufhängen, mit Velowimpel herumfahren, Zeitungsartikel kommentieren ...

Fehlende Konzernverantwortung

Gegen Ende des Abstimmungskampfs wurde die Medienberichterstattung in der Deutschschweiz immer einseitiger, wie eine minutiöse Auswertung der Universität Zürich zeigte (in der Romandie blieb sie ausgeglichen). Besonders stark war dies bei den Interviews der Fall, wo sich nicht nur Karin Keller-Sutter, sondern auch Kon-

zernbosse wie Ivan Glasenberg von Glencore vielfach und ausführlich äussern durften.

Mitten in der heissesten Phase konnte Public Eye noch einmal mit aller Deutlichkeit darlegen, warum die Initiative so dringend notwendig gewesen wäre – und weiterhin ist. Eine Recherche aus Bolivien zeigte eine Geschichte organisierter Verantwortungslosigkeit. Tödliche Unfälle und eine zerstörte Umwelt: In der von Glencore betriebenen Mine Porco bauen Kooperativen unter unmenschlichen Bedingungen Zink, Blei und Silber ab. Glencore schaut weg – und kauft einen Grossteil des von den Kooperativen geförderten Erzes auf.

Ein historischer Sieg

Das Ende ist bekannt: 5949 Stimmen haben gefehlt, um genügend Kantone fürs Ständemehr zu erreichen. Dass unter anderem krasse Fehlinformationen – auch bundesrätliche – entscheidend für dieses Resultat waren, ist besonders bitter. Und trotzdem ist es nicht das trotziges Beharren schlechter Verliererinnen und Verlierer, wenn wir von einem Sieg sprechen. Noch nie hat eine progressive Initiative, bei der es nicht um die Schweiz, sondern um die Welt ging, ein Volksmehr erreicht. Und erst recht nicht eine, welche die mächtigen Konzerninteressen herausforderte! ■

Ausblick

- ▶ Die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung gibt dem Thema «Unternehmen und Menschenrechte» mächtigen Rückenwind. Justizministerin Karin Keller-Sutter hämmerte uns monatelang ein, dass es international koordinierte Regeln braucht. Wir nehmen sie beim Wort: Die Schweiz darf nicht zu einer Regulierunginsel werden. Angesichts der internationalen Dynamik hin zur stärkeren Regulierung muss die Schweiz mit den laufenden Diskussionen auf EU-Ebene mithalten und einen sofortigen Nachvollzug garantieren.
- ▶ Im Abstimmungskampf bestand zudem Konsens über den besonderen Handlungsbedarf in bestimmten Hochrisikosektoren, namentlich der Rohstoffbranche und der Agrochemie. Public Eye wird weiterhin sehr genau hinschauen und aufzeigen, dass es hier sofort verbindliche Sorgfaltspflichten braucht.

Von Orangensaft bis Soja: Die Schweiz dick im Geschäft

Was hat die Schweiz mit der Abholzung in Brasilien, dem Anbau von Orangen und dem Bananhandel zu tun? Und wie steht es um Kinderarbeit im Kakaoanbau in Westafrika? Das Jahr 2020 stand ganz im Zeichen solcher Fragen – und lieferte teils überraschende Antworten.

Im Sommer 2019 schaute die ganze Welt auf die Waldbrände in Brasilien, die grösstenteils das Resultat von Brandrodungen für Viehzucht und Sojaanbau waren. Auch Public Eye schaute genauer hin und fragte sich: Was hat das mit der Schweiz zu tun? Eine ganze Menge! In unmittelbarer Nähe der Waldbrände fanden sich gemäss Recherchen unserer amerikanischen Partnerorganisation Mighty Earth Lagersilos und Verarbeitungsanlagen der fünf grössten Sojahändler Amaggi, Archer Daniels Midland (ADM), Bunge, Cargill und Louis Dreyfus Company (LDC) – letztere vier auch als «ABCD-Club» bekannt.

Abholzung «made in Switzerland»

Die Schweiz als grösste Handelsdrehscheibe für Agrarrohstoffe beherbergt alle diese Agrargiganten. Cargill

lässt seinen gesamten Sojahandel über Genf laufen. LDC hat dort sogar ihren operativen Hauptsitz und auch Bunge und ADM sind mit Handelsabteilungen vertreten. Der globale Sojahandel, der auch im Sommer 2020 wieder zu massiven Waldbränden beigetragen hat, läuft zu grossen Teilen über die Romandie. Aber nicht nur die Händler, auch Schweizer Banken sind für die Abholzung mitverantwortlich. Zum Beispiel die Credit Suisse, die zwischen 2013 und 2018 Kredite an den «ABCD-Club» vergab oder für Minerva, den grössten Rindfleischexporteur Südamerikas, Anleihen und Aktien herausgab.

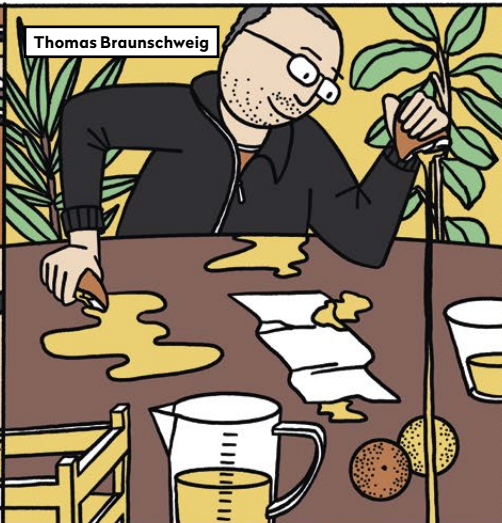
Das dreckige Bananengeschäft

Die Schweiz mischt auch im Handel mit der beliebtesten Frucht – der Banane – vorne mit. Der verschwiegene

Christian Engeli



Thomas Braunschweig



Silvie Lang



Adrià Budry Carbó



Floriane Fischer



Cornelia Celio



Konzern Chiquita hat einen seiner zwei Hauptsitze im Kanton Waadt. Bereits 2007 liess sich der Bananenriese aus Steuergründen hierzulande registrieren und lässt sämtliche Geschäfte auch über die Schweiz laufen. Seit der Konzern 2014 von der Börse genommen wurde, ist zu seinen Geschäftstätigkeiten, zum Beispiel zum Plantagenbesitz, nichts Genaueres mehr bekannt. Dass der Anbau von Bananen ein dreckiges Geschäft ist, bleibt jedoch unbestritten und wurde auch durch unsere Reportage aus den Bananenplantagen Ecuadors Anfang 2020 bestätigt.

Das Fehlen existenzsichernder Löhne oder gesundheitliche Schäden aufgrund des massiven Pestizideinsatzes stehen auf Ecuadors Bananenplantagen an der Tagesordnung. Die Intransparenz im Sektor und die Übermacht der Konzerne macht es für die Pflückenden schwierig, sich für ihre Rechte einzusetzen. Die ausbeuterischen Bedingungen öffentlich anzuprangern, ist meist keine Option – zu gross ist die Gefahr, bedroht, entlassen oder auf eine schwarze Liste gesetzt zu werden.

Auf der Plantage gibts kein Homeoffice

Auch Ecuador wurde schwer von der Coronapandemie getroffen. Die Schutzmassnahmen auf den Plantagen sind mangelhaft und «Social Distancing» unmöglich. Viele Arbeitende weisen durch den langjährigen Pestizideinsatz

ein geschwächtes Immunsystem auf und sind besonders anfällig für Atemwegserkrankungen wie Covid-19. So erging es auch Lenin Merino, den Public Eye im Januar 2020 interviewt hatte. Im Juni infizierte er sich mit Covid-19 und verstarb kurz darauf.

Bittere Orangen

Die Coronakrise verschärft auch die bereits prekären Zustände auf den brasilianischen Orangenplantagen. Unsere gemeinsam mit der NGO Repórter Brasil durchgeführte Recherche im Bundesstaat São Paulo zeigte, dass die Arbeitsbedingungen auch auf den Zulieferplantagen des weltweit drittgrössten Orangensaftgänglers LDC ausbeuterisch sind. Der Händler kauft jedoch nicht nur von Zulieferbetrieben, sondern dringt selbst zunehmend in den Anbau der Orangen vor. Dadurch hat LDC grossen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen im Anbau und die Möglichkeit, sich für die Einhaltung der Arbeitsrechte auf den Plantagen einzusetzen. Dies geschieht jedoch kaum. 2018 etwa wurde LDC zur Bezahlung einer Busse verurteilt, weil bei einer Inspektion fünf Jahre zuvor entdeckt wurde, dass 34 Angestellte in einem ehemaligen Hühnerstall untergebracht waren.

Auch Public Eye konnte sich ein Bild der unwürdigen Unterkünfte vieler Pflückenden machen und doku-

mentierte Fälle, bei denen die Arbeitenden auf Zulieferplantagen nicht einmal den – ohnehin schon sehr tiefen – gesetzlichen Mindestlohn erhielten. «Den durch die Amazonas-Abholzung verursachten Rauch konnten alle sehen. Verletzungen der Arbeitsrechte sind leider weniger sichtbar als ein Waldbrand», sagte uns ein brasilianischer Staatsanwalt.

1,5 Millionen Kinder arbeiten für unsere Schokolade

Dies gilt leider auch für die nach wie vor massiven Menschenrechtsverletzungen im Kakaoanbau. Der Kakao-Barometer des zivilgesellschaftlichen Netzwerks Voice zog auch 2020 ein ernüchterndes Fazit: Trotz jahrzehntelanger Versprechen der Industrie, die menschenrechtliche sowie ökologische Situation im Kakaoanbau zu verbessern, hat sich wenig geändert. 1,5 Millionen Kinder arbeiten nach wie vor unter missbräuchlichen Bedingungen im westafrikanischen Kakaoanbau. 95 Prozent davon üben Tätigkeiten aus, die zu den schlimmsten Formen von Kinderarbeit zählen, wie das Ausbringen von Pestiziden oder das Ernten mit Macheten.

Diese Fälle machten 2020 deutlich, dass der Schweiz als Sitzstaat bedeutender Agrarrohstoffhändler eine besondere Verantwortung zukommt. Die Zeiten

von «Freiwilligkeit» sind definitiv vorbei und es braucht endlich verbindliche Sorgfaltspflichten für den Agrarhandelssektor. ■

Ausblick

- 2021 blickt Public Eye für einmal nicht in erster Linie auf den Anbau von Agrarrohstoffen, sondern hinter die Kulissen – genauer gesagt in die Bücher der grossen Händler. Die Finanzierung des Agrarhandels ist eine «Black Box». Das wollen wir ändern und fragen deshalb: Wer sind die Geldgeberinnen und Strippenzieher, die dieses vielerorts mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung einhergehende Geschäftsmodell finanzieren und fördern? Und welche Rolle spielt die Schweiz dabei?
- Zudem beschäftigt sich Public Eye vertieft mit Fragen der Marktkonzentration, der ungleichen Verhandlungsmacht und der Gefahr des Machtmissbrauchs im globalen Agro-Food-Sektor sowie mit welchen Mitteln sich dem entgegenwirken liesse.

Timo Kollbrunner

Agathe Duparc

Géraldine Viret



Florian Duss

Silvia Ramseier

Zur Kasse, bitte!

2020 enthüllte Public Eye, was die offizielle Schweiz lieber im Dunkeln behält: Wer finanziert eigentlich den Rohstoffhandel? Es ist ja schon praktisch, nicht genau hinzusehen, denn dann kann die Landesregierung weiterhin behaupten, die Rohstoffkonzerne würden von den Banken «indirekt» beaufsichtigt.

Das Rohstoff-Jahr begann für einmal nicht mit einer Publikation von Public Eye, sondern mit einer des Bundesrats. Allerdings ging auch diese auf eine unserer Recherchen zurück. Der Ständerat hatte nach «Gunvor in Kongo» 2018 von der Landesregierung einen Bericht darüber verlangt, ob die «indirekte Bankenaufsicht» ausreicht, um Korruption und Geldwäscherei im Rohstoffhandel zu verhindern.

Der Bundesrat bestätigte zwar in diesem Bericht einmal mehr das «hohe Korruptionsrisiko» in diesem Sektor, schlug aber keinerlei wirksame Massnahmen dagegen vor. Auch die verantwortlichen Departemente lieferten entgegen dem Auftrag keine neuen Zahlen über den Umfang der Bankfinanzierungen im Rohstoffhandel. Im Gegensatz zum wortreichen Schweigen des Bundesrats konnte Public Eye aufdecken, dass die Schweizer Rohstoff-

konzerne Glencore, Trafigura, Vitol, Mercuria und Gunvor zwischen 2013 und 2019 insgesamt 363,8 Milliarden US-Dollar an Krediten erhalten haben.

Die Banken der Trader – ausser Rand und Band

Ein halbes Jahr später legten wir mit der Publikation von «Trade Finance Demystified» nach und analysierten die komplexen Finanzinstrumente dieser Hochrisikobranche. Unsere Pionierstudie bestätigte eine gefährliche Entwicklung: Finanzinstrumente und -praktiken entziehen sich immer mehr der Bankenkontrolle. Die sehr gängigen Konsortialkredite («Revolving Credit Facilities») etwa können von Handelskonzernen, je nach Situation, als Blankochecks ge- oder missbraucht werden.

Die grossen Rohstoffhändler schlüpfen zunehmend selbst in die Rolle von Banken und gewähren bereits hoch

verschuldeten afrikanischen Staaten riesige Kredite, ohne dabei selbst irgendwelchen Sorgfaltspflichten zu unterliegen. Diese Kredite müssen in der Regel mit Rohöl zurückbezahlt werden, was einer Verpfändung der Einnahmen gleichkommt. Als Teil unserer politischen Arbeit machte Public Eye in internationalen Gremien auf diesen kaum bekannten Aspekt der Verschuldungsthematik aufmerksam und forderte Transparenz und einen Verzicht auf den Schuldendienst.

Kolmar in Libyen

Eine gross angelegte, gemeinsame Recherche von Public Eye und der NGO Trial International enthüllte, dass die in Zug ansässige Kolmar Group AG zwischen 2014 und 2015 Geschäfte mit einem Unternehmen machte, das zu einem mächtigen libyschen Treibstoff-Schmuggelring gehörte. Während das Land im Bürgerkrieg versank und bewaffnete Gruppen um die Kontrolle des Ölsektors kämpften, witterte Kolmar offenbar ein gutes Geschäft.

Wir konnten die Spuren von drei Schiffen rückverfolgen, die ihre Fracht von der libyschen Küste kommend in Tanklagern abliefern, die Kolmar in Malta gemietet hatte. Die Tankerladungen stammten von einem Netzwerk aus Personen mit fragwürdigem Ruf: dem noch unter Gaddafi verurteilten Drogenhändler Fahmi Ben Khalifa

und seinen maltesischen Partnern Darren und Gordon Debono. Wir rekonstruierten nicht nur Rohstoff-, sondern auch Geldflüsse zwischen einer Debono-Firma und Kolmar. Darren Debono wurde im November in Malta verhaftet. Dieser Fall zeigt exemplarisch, dass gewisse Schweizer Rohstoffhändler zur Profitmaximierung auch höchste Risiken nicht scheuen.

Ermittlungen und Bussenzettel

Die Absurdität, dass der Bundesrat entgegen der eigenen Analyse weiterhin auf die Banken als Branchenpolizei setzt, zeigte sich 2020 gleich mehrmals. Im Mai wurde bekannt, dass die Strafanzeige von Public Eye Wirkung zeigte und die Bundesanwaltschaft ein Strafverfahren eröffnete, um mehr Licht in den Korruptionsskandal rund um die Milliardenkredite der Credit Suisse an Mosambik zu bringen. Kredite, die ebenfalls einen untragbaren Schuldendienst zur Folge hatten. Im Juni eröffnete die Bundesanwaltschaft ebenfalls ein Verfahren gegen Glencore – auch hier hatten wir eine Strafanzeige eingereicht.

Im Dezember gaben die brasilianischen Behörden bekannt, dass sie eine Strafuntersuchung gegen Trafigura und deren Führungsriege eröffneten. Es geht um die Verwicklung in den weltweit grössten Korruptionsfall «Lava

Jato» rund um die staatliche Erdölfirma Petrobras. Public Eye hatte bereits in einem exklusiven Interview mit einem brasilianischen Staatsanwalt darüber berichtet.

Vitol zahlt 164 Millionen Dollar Strafe

Aller guter Dinge sind vier: Vitol konnte in den USA einer Verurteilung nur entgehen, indem der Konzern – ebenfalls im Dezember – in einen Vergleich einwilligte und 164 Millionen US-Dollar Strafe bezahlte. Neben Brasilien geht es auch um Bestechungen in Ecuador und Mexiko, die bis im Juli 2020 andauerten. Soviel zur «Nulltoleranz bei Bestechungsgeldern und Korruption», von der Vitol – die zweitgrösste Firma der Schweiz – den Medien und uns gegenüber immer spricht.

Dieses ereignisreiche Rohstoff-Jahr zeigt: Es ist unbedingt nötig, an den brisanten Themen, luschen Firmen und dubiosen Personen dranzubleiben, denn diese Hartnäckigkeit zahlt sich aus. ■

Ausblick

- ▶ 2021 wird Public Eye ihren Blick auf die Korruptionsthematik auch über den Rohstoffsektor hinaus verstärken und Fragen beantworten wie: Warum liegt in Zusammenhang mit grossen Korruptionsskandalen immer noch so viel Geld in der Schweiz? Wer hilft Kriminellen dabei, ihre Gelder hierzulande zu verstecken oder die dazu benötigten Strukturen zu schaffen? Warum gibt es so wenige strafrechtliche Korruptionsuntersuchungen? Warum enden noch weniger davon mit einer Verurteilung? Und – diese Frage ist allerdings einfach zu beantworten – schreckt eine Höchstbusse von 5 Millionen Franken überhaupt irgendeine Firma ab?
- ▶ Mit Sicherheit werden wir auch im kommenden Jahr einiges aufdecken. Bei welchen fragwürdigen Firmen und zweifelhaften Figuren unser Recherche-Team bereits am Grübeln ist, verraten wir natürlich nicht. Lassen Sie sich überraschen.

Patrick Durisch



Gabriela Hertig



Rebekka Köppel



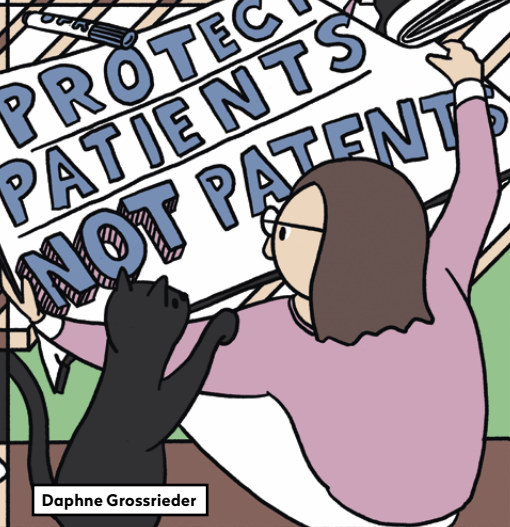
Baptiste Corthay



Christa Luginbühl



Daphne Grossrieder



Fairer Zugang und Transparenz im Fokus der Debatten

Die Coronakrise hat die Schwachstellen des Pharmamodells einmal mehr zum Vorschein gebracht. So sieht der Bundesrat vor, die Preisfestlegung neuer Medikamente noch intransparenter zu gestalten. Auch die Veröffentlichung von klinischen Studien bleibt ein politisch heikles und ungelöstes Thema.

Seit Beginn der globalen Krise fordert Public Eye eine Lösung, die über das «business as usual» hinausgeht, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Bereits Ende März unterstützten wir den Vorschlag, das gesamte Know-how und alle geistigen Eigentumsrechte (inklusive Patente), die für eine flächendeckende Herstellung der Mittel zur Bekämpfung von Covid-19 (zukünftige Medikamente, Impfstoffe und Diagnosetests) notwendig sind, bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu bündeln. Die Initiative wurde schliesslich Ende Mai unter dem Namen C-TAP (Covid-19 Technology Access Pool) lanciert. Um ihre Privilegien besorgt, diskreditierten die Pharmariesen die Initiative sogleich und wurden von ihren Sitzländern blind unterstützt. Dabei hatte die

WHO kurz davor eine Resolution verabschiedet, in der sie forderte, öffentlich finanzierte Technologien, insbesondere Impfstoffe, sollten als Allgemeingut gelten – und damit allen Menschen weltweit gleichberechtigt zugänglich sein.

Scharfer Gegensatz zwischen Rhetorik und Realität

Der Aufruf zur internationalen Solidarität verhallte rasch. Kaufkräftige Länder – darunter die Schweiz – kämpften regelrecht um Masken, Medikamente (beispielsweise das Virostatikum Remdesivir), Diagnosetests (zum Beispiel von Roche) und Impfstoffe. Dieser Nationalegoismus wurde massgeblich von der Pharmaindustrie befeuert,

die Engpässe heraufbeschwor. Dies führte dazu, dass nun, da man zu impfen beginnt, die reichsten Länder bereits praktisch alle 2021 verfügbaren Dosen für sich reserviert haben und dem Rest der Welt kaum etwas übrig bleibt.

Der multilaterale Mechanismus Covax (für die gerechte Verteilung von Covid-19-Impfstoffen) kämpft indes damit, sich die notwendigen Mittel und Dosen zu beschaffen. Die Länder des Südens werden warten müssen. Dabei hätten die Pharmakonzerne durchaus eine ausreichende Produktion zu erschwinglichen Preisen ermöglichen können – mit dem Verzicht auf ihre sakrosankten Exklusivrechte. Damit hätte der vorprogrammierte Engpass verhindert werden können, der die Lage noch verschlimmern wird. Doch die Pharmaindustrie stellt ihren Profit lieber über die öffentliche Gesundheit.

Geheime Rabatte auf Medikamente in der Schweiz

Auch auf nationaler Ebene beugen sich die Behörden den Forderungen der Pharmariesen. So will der Bundesrat in seinem 2020 geschnürten Massnahmenpaket zur Eindämmung der Gesundheitskosten geheime Rabatte bei Medikamentenpreisen einführen. Gegen diese trügerische Praxis wehrte sich Public Eye entschieden, denn europäische Studien zeigen, dass geheime Rabatte langfristig zu einer Erhöhung der Publikumspreise führen. Ausserdem ver-

stösst eine solche Praxis gegen internationale Verpflichtungen der Schweiz, insbesondere gegen eine – von ihr unterstützte – WHO-Resolution von 2019, die transparentere Arzneimittelpreise fordert. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um gegen die stetig steigenden Preise patentierter Medikamente vorzugehen. Der Bundesrat muss deshalb nochmals über die Bücher. Er muss eine Reform vorschlagen, die den Fokus darauf legt, dass die geforderten Preise transparent gestaltet und besser begründet werden. An der Generalversammlung von Novartis im Februar kritisierte Public Eye den Pharmakonzern für den irrsinnigen Preis seiner Gentherapie Zolgensma: Sie kostet über 2 Millionen Franken pro Spritze.

Mehr Transparenz bei klinischen Studien

In den letzten Jahren hat Public Eye Menschenrechtsverletzungen, die bei der Auslagerung klinischer Studien stattfinden, sichtbar gemacht. Eine wichtige Forderung unserer Recherchen und Kampagnen sind Gesetzesänderungen, damit es zu weniger solchen Verstössen kommt.

Die schweizerische Gesetzgebung hat im Bereich der Kontrolle sowie der Transparenz von klinischen Studien immer noch grosse Lücken. Dies setzt nicht nur die Versuchspersonen einer Gefahr aus, sie ist auch für die öffentliche Gesundheit schädlich. Schon nur, um mit den

EU-Standards mitzuhalten, bleibt noch viel zu tun. Dies hat nun auch eine unabhängige Evaluation des Humanforschungsgesetzes bestätigt, die fünf Jahre nach dessen Inkrafttreten vom Bundesamt für Gesundheit in Auftrag gegeben wurde. Dieses Gesetz ist zusammen mit dem Heilmittelgesetz die wichtigste Regulierung im Bereich der klinischen Versuche und der Zulassung von Medikamenten in der Schweiz. Die Ergebnisse der Evaluation bestätigen, was Public Eye seit Jahren fordert: Es braucht mehr Transparenz über die Ergebnisse von klinischen Studien.

Gerade in Zeiten von grossen öffentlichen Erwartungen und wirtschaftlichem Druck ist die Gefahr noch grösser, dass Pharmakonzerne schwache Regulierungen ausnutzen. Der Skandal um das vom US-Konzern Gilead produzierte und für die Covid-19-Behandlung zugelassene Medikament Remdesivir erinnert an den Fall des Roche-Grippemittels Tamiflu. In beiden Fällen wurde auch in der Schweiz ein Medikament basierend auf ungenügenden Kenntnissen zugelassen und eingelagert, hat sich jedoch als wirkungslos herausgestellt. Im Fall von Remdesivir hat dies eine unabhängige Studie der WHO gezeigt. Der Pharmakonzern hatte es – auch nachdem er über die Ergebnisse dieser Studie informiert wurde – weiterhin verkauft und Profite eingestrichen. ■

Ausblick

- ▶ Public Eye wird sich weiterhin für den Wissensaustausch und eine gerechte Verteilung der Mittel zur Bekämpfung von Covid-19 einsetzen. Alle Menschen weltweit sollen denselben Zugang haben. Die Pharmariesen zeigen sich nicht bereit, ihre Exklusivrechte freiwillig zu teilen. Deshalb gilt es, genau zu beobachten, was mit dem WTO-Antrag von Indien und Südafrika geschieht: Sie fordern, dass bestimmte Auflagen des Abkommens über geistige Eigentumsrechte (TRIPS) im Kontext der Coronapandemie aufgehoben werden. Public Eye unterstützt diesen Antrag.
- ▶ In der geplanten Teilrevision des Humanforschungsgesetzes könnte mehr Transparenz – zumindest für die in der Schweiz durchgeführten klinischen Versuche von Medikamenten – eine Realität werden.
- ▶ Zudem beschäftigt uns auch die Intransparenz bei den effektiven Forschungs- und Entwicklungskosten, die unter dem Vorwand des Geschäftsgeheimnisses verschwiegen werden. Das ist äusserst problematisch, sollten doch die Preise von Medikamenten an ihrem Entwicklungsaufwand gemessen und nicht der Profitmaximierung von Pharmakonzernen überlassen werden.

Verbotene Pestizide: Der Druck steigt

Der Bundesrat beschloss 2020 ein Exportverbot für Pestizide, die in der Schweiz wegen ihrer Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt untersagt sind. Die europäische Kommission erklärte, dass sie solche Exporte aus der EU ebenfalls verbieten will. Diesen beiden wegweisenden Erfolgen gingen investigative Recherchen von Public Eye zur Ausfuhr verbotener Pestizide aus Europa und deren katastrophalen Folgen in Entwicklungsländern voraus.

2020 durchleuchtete Public Eye die Geschäfte der fünf Grosskonzerne, die den globalen Pestizidmarkt beherrschen: die deutschen BASF und Bayer, die US-amerikanischen Corteva und FMC sowie die Schweizer Syngenta. Vereint im mächtigen Interessenverband CropLife präsentieren sich die Agrochemie-Riesen als verantwortungsbewusste und innovative Unternehmen, die sich für die nachhaltige Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung einsetzen.

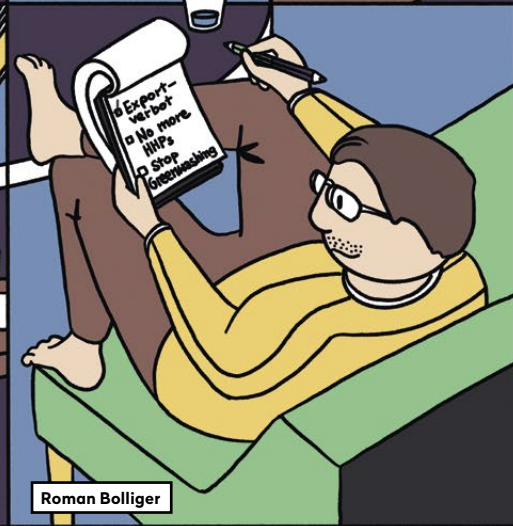
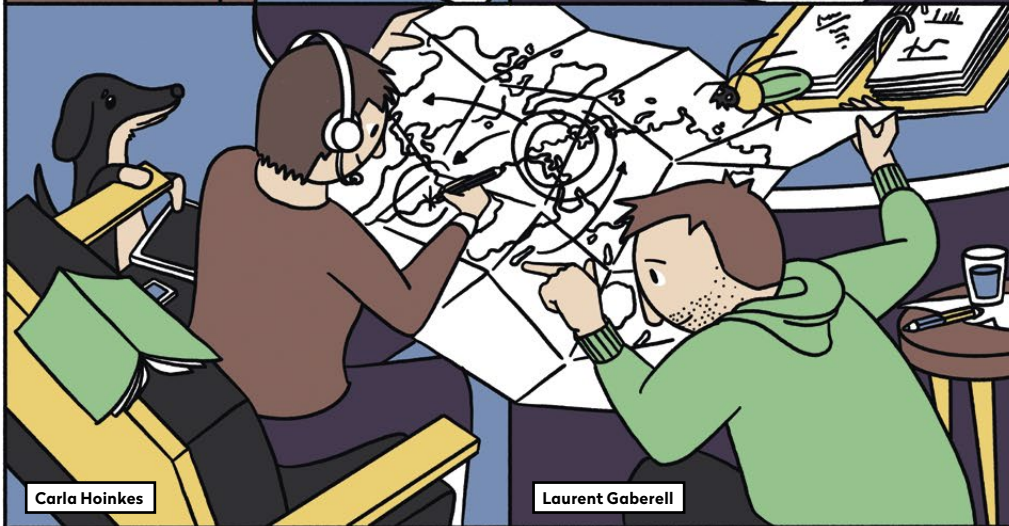
Doch der Graben zwischen Rhetorik und Praxis könnte grösser nicht sein. Zusammen mit Unearthed, dem Investigativ-Team von Greenpeace UK, haben wir diesen ebenso lukrativen wie umstrittenen Markt unter die Lupe genommen. Anhand exklusiver Daten zeigten wir, dass die CropLife-Konzerne einen Drittel ihrer Umsätze

mit Pestiziden machen, die für Mensch oder Umwelt hochgiftig sind – und von denen hierzulande die meisten verboten sind.

Wir haben auch auf die Doppelmoral der Schweiz und der EU hingewiesen. Diese untersagen zwar die Verwendung besonders gefährlicher Substanzen innerhalb ihrer eigenen Grenzen, erlauben den Herstellern aber weiterhin, ebendiese Chemikalien zu produzieren und in Staaten mit schwächeren Vorschriften zu exportieren.

Tödliches Gift «made in Europe»

Mithilfe von Daten der Europäischen Chemikalienagentur sowie verschiedener nationaler Behörden konnte Public Eye aufzeigen, dass die EU-Staaten 2018 die Ausfuhr von über 80 000 Tonnen Pestiziden genehmigten,



deren Verwendung sie auf ihren eigenen Feldern wegen inakzeptabler Gesundheits- und Umweltrisiken verboten haben. Dazu gehört das in der Schweiz und der EU längst verbotene Paraquat von Syngenta. In seiner Fabrik im britischen Huddersfield stellt der Basler Riese das Pestizid weiterhin her: 2018 exportierte Syngenta 28 000 Tonnen Paraquat, unter anderem nach Brasilien, Indonesien und Südafrika. Das Herbizid ist so giftig, dass bereits ein einziger Schluck davon tödlich wirken kann.

Zudem gelang es uns, erstmals alle seit 2012 aus der Schweiz exportierten, hierzulande jedoch verbotenen Pestizide aufzulisten. Während Syngenta seine Produktionsstätte in Monthey stolz als «innovationsorientiert» präsentiert, zeigen Daten des Bundesamts für Umwelt, dass der Basler Riese in den letzten Jahren wiederholt veraltete und hochgiftige Substanzen aus der Schweiz exportiert hat.

Die Ironie der Geschichte: Durch Lebensmittelimporte gelangen die verbotenen Pestizide teilweise auf unsere Teller. Dies brachte Public Eye im Rahmen einer Recherche basierend auf Daten des Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zutage. Über zehn Prozent aller im Jahr 2018 importierten, von den Behörden kontrollierten Lebensmittel enthielten Rückstände von Pestiziden, die in der Schweiz aufgrund ihrer

Umwelt- oder Gesundheitsrisiken verboten sind. Zu den am häufigsten nachgewiesenen Substanzen gehören von Syngenta vermarktete Wirkstoffe – einige wurden in den letzten Jahren aus der Schweiz exportiert.

Kurswechsel des Bundesrats

Eine im Dezember 2017 von der damaligen Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne/GE) eingereichte Motion verlangte einen «Ausfuhrstopp für in der Schweiz verbotene Pestizide». Trotz breiter Unterstützung aus allen politischen Lagern befand der Bundesrat ein Exportverbot damals für «nicht verhältnismässig». Stattdessen schlug er Massnahmen vor, «welche die Wirtschaftsfreiheit weniger stark beschränken».

Doch im Oktober 2020 vollzog der Bundesrat einen Kurswechsel und beschloss ein Ausfuhrverbot für fünf verbotene Pestizide, die in den vergangenen Jahren exportiert worden waren, darunter Paraquat, Atrazin und Profefonos. Ein grosser Erfolg für Public Eye, denn seit Jahren prangerten wir die skandalöse Ausfuhr verbotener Pestizide «made in Switzerland» an, die insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern verheerende Folgen haben.

Good News aus Brüssel

Kurz nach der Veröffentlichung unserer Recherche über die Rolle der EU beim Export verbotener Pestizide kündigte die Europäische Kommission an, sie wolle sicherstellen, «dass in der EU verbotene, gefährliche Stoffe nicht zur Ausfuhr hergestellt werden». Zwar muss der Vorschlag noch vom Europäischen Parlament und Rat angenommen werden, doch die Absichtserklärung der Kommission ist bereits ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem besseren Schutz von Mensch und Umwelt – und ein weiterer Erfolg für Public Eye.

Auch in Sachen Rückstände geht es vorwärts: Eine im Nationalrat eingereichte Motion verlangt vom Bundesrat, dass bei importierten Lebensmitteln eine «Nulltoleranz» für Rückstände verbotener Pestizide gelten soll. Die Europäische Kommission verpflichtete sich ihrerseits dazu, die bestehenden Vorschriften dahingehend zu verschärfen, dass importierte Lebensmittel den Pestizidnormen der EU entsprechen. ■

Ausblick

- ▶ 2021 wird Public Eye weiter Druck ausüben, damit die Schweiz und die EU eine kohärente Politik verfolgen: Bei uns verbotene Pestizide sollen nicht länger in Länder mit schwächeren Vorschriften exportiert oder in Form von Rückständen in Agrarprodukten importiert werden.
- ▶ Ausserdem wird sich Public Eye weiterhin dafür einsetzen, dass der Basler Konzern Syngenta auf der ganzen Welt die Menschenrechte und den Schutz der Umwelt respektiert. Der weltweit grösste Pestizidkonzern darf in Entwicklungs- und Schwellenländern keine hochgefährlichen Substanzen mehr verkaufen, die in der Schweiz aufgrund inakzeptabler Risiken verboten wurden.

Sasha Roderer



Elisabeth Schenk



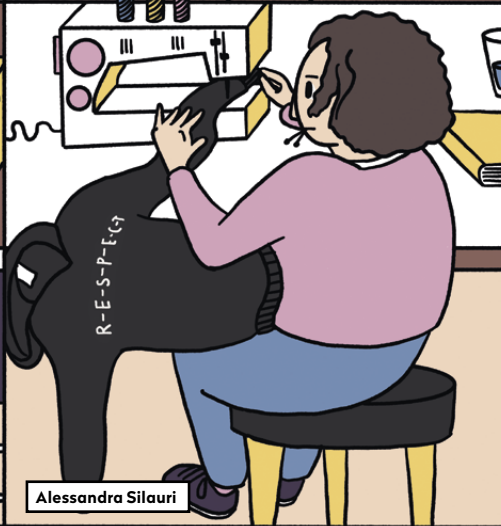
David Hachfeld



Maxime Ferréol



Alessandra Silauri



Lupe Esteves



Wie die Coronakrise die Kleiderproduktion trifft

Die Coronapandemie hat katastrophale Folgen für die Beschäftigten in der globalen Bekleidungsindustrie. Markenfirmen stornierten Aufträge, ohne für diese zu bezahlen. Viele Fabriken waren gezwungen, zu schliessen und Arbeitende massenweise zu entlassen – oft ohne Vorankündigung oder Entschädigungszahlungen. Public Eye hat im letzten Jahr von den Modeunternehmen ein verantwortungsvolles Handeln während der Coronapandemie eingefordert und mit Eilaktionen Arbeitskämpfe direkt unterstützt.

Aufgrund der verantwortungslosen Einkaufspraxis der Modeunternehmen während der Coronapandemie stehen viele Textilfabriken kurz vor der Insolvenz. Damit droht den Näherinnen der Verlust ihrer Lebensgrundlage. Im Machtspiel der Firmen geraten die Arbeiterinnen – Frauen stellen die grosse Mehrheit unter den einfachen Angestellten in der Textilindustrie – als Erste unter die Räder. Wenn die Produktion zurückgeht oder ganz stillsteht und den Fabriken die Liquidität ausgeht, werden Lohnzahlungen verzögert oder eingestellt und Beschäftigte freigestellt. In dem im August veröffentlichten

Bericht «Un(der)paid in the Pandemic» berechnete das internationale Netzwerk der Clean Clothes Campaign, dass allein für die ersten drei Monate der Pandemie den Textilarbeitenden weltweit unbezahlte Löhne im Umfang von 3,2 bis 5,8 Milliarden US-Dollar geschuldet werden.

Überschuldung, Hunger und Not sind die Folgen für Arbeitende in vielen Ländern – und diese Lage macht sie erpressbar. Zwischen den Textilfabriken rund um den Globus tobt ein ruinöser Wettbewerb um die verbleibenden Aufträge. Die Unternehmen wissen, dass ihnen das Aus droht, wenn sie nicht schnell Aufträge an Land zie-

hen. Obwohl die Pandemie voll im Gange ist, öffnen einige Fabriken deshalb wieder ihre Tore. Die schiere Not treibt Arbeitende zurück in die Fabriken – im Wissen, dass fehlende Abstände und Schutzausrüstungen sowie mangelnde sanitäre Einrichtungen das Ansteckungsrisiko erhöhen. Bevor der Fabrikkomplex von Rana Plaza 2013 einstürzte, hatten Arbeiterinnen vor den Rissen in den Wänden gewarnt. Doch der drohende Jobverlust zwang sie, das Gebäude trotzdem zu betreten. Sieben Jahre nach der Katastrophe stehen Näherinnen heute wieder vor der unmöglichen Wahl zwischen dem Erhalt ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage und dem Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens.

Kampf für Lohnzahlungen während der Pandemie

Public Eye lancierte im April einen Appell an die Modeunternehmen: «Lassen Sie nicht die Arbeiterinnen für die Covid-19-Krise bezahlen!» Mit diesem forderten wir von den Modeunternehmen, dass sie ihre Aufträge komplett bezahlen, sicherstellen, dass die Arbeiterinnen nicht entlassen werden und diese weiterhin ihre gesetzlich vorgeschriebenen Löhne erhalten. Knapp 30 000 Menschen haben den Appell unterzeichnet und so gemeinsam mit uns Druck auf die Modeunternehmen ausgeübt.

Wir haben bei 20 Schweizer Modeunternehmen nachgefragt, wie fair sie in der Coronakrise tatsächlich sind. Die Antworten der Firmen auf unsere Umfrage zeigen erhebliche Lücken beim Schutz der Beschäftigten in der Lieferkette, und dass – abgesehen von einer Ausnahme – diese ihre Verantwortung in der Krise nicht genügend wahrnehmen.

Gemeinsam mit der Clean Clothes Campaign setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeitenden bei coronabedingten Arbeitsrechtsverletzungen zu ihren Rechten kommen. Mit der #PayUp-Kampagne forderten wir die Modeunternehmen dazu auf, ihre Aufträge komplett zu bezahlen. Viele der grossen Marken haben durch den Druck der internationalen Kampagne eingelenkt. Die aktuelle Kampagne #PayYourWorkers zielt darauf ab, dass die Modeunternehmen eine öffentliche Zusicherung zur Zahlung der Löhne machen. Mehr als ein Dutzend Marken haben sich bereits verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten ihrer Lieferanten während der Pandemie voll bezahlt werden.

Eilaktion: Gewerkschaft der Textilfabrik Rui Ning erzielt Erfolg

Die Textilfabrik Rui Ning in Myanmar, in der u. a. Inditex (Zara) und die Schweizer Marke Tally Weijl produzieren

lassen, nutzte die Coronakrise als Vorwand, um Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. Doch die Gewerkschaft wehrte sich und erzielte nach dreieinhalb Monaten zähem Arbeitskampf und dank einer internationalen Solidaritätsaktion im Sommer einen wichtigen Erfolg: Die Gewerkschaft der Textilfabrik Rui Ning konnte ein Abkommen mit dem Fabrikmanagement unterzeichnen, welches wichtige Forderungen umsetzt. Der entlassene Gewerkschaftspräsident wurde wieder eingestellt und erhielt rückwirkend seinen ausgefallenen Lohn. Zudem werden die über 298 entlassenen Gewerkschaftsmitglieder bevorzugt wieder eingestellt, sobald die Fabrik wieder Einstellungen vornimmt.

Der Fall zeigt, wie wichtig es ist, dass Modefirmen Menschenrechtsverletzungen und anderen Vorfällen in ihren Zulieferfabriken nachgehen und einschreiten, wenn Rechte oder ihre Verhaltenskodizes verletzt werden. Public Eye wird auch weiterhin einfordern, dass Unternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen. ■

Ausblick

- Die Folgen der Pandemie in der Textilindustrie werden auch 2021 unsere Arbeit prägen. Dabei wird Public Eye nicht nur den Druck auf Firmen erhöhen, damit sie sicherstellen, dass ausstehende Löhne nachbezahlt werden. Wir werden auch für die Einführung und Stärkung von sozialen Sicherungssystemen eintreten, damit mittelfristig Arbeitende in Krisensituationen nicht ohne Sicherheitsnetz dastehen. Die Erschütterungen der Industrie sind so gewaltig, dass wir auch nach der Pandemie nicht mit einem zurück zum «Normalbetrieb» rechnen. Doch kann es gelingen, diesen Schock zum Ausgangspunkt für positive Veränderungen zu machen?
- Existenzsichernde Löhne und insbesondere Mechanismen, mit denen Gewinne in den Wertschöpfungsketten umverteilt werden und Markenfirmen direkt zu höheren Löhnen beitragen können, werden einen Schwerpunkt in unserer Arbeit bilden. Daneben schaut Public Eye auf menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungen von Textilfirmen. Denn auch ohne eine Umsetzung der Konzernverantwortungsinitiative wächst der Handlungsdruck auf Firmen, Menschenrechtsverletzungen nicht mehr länger zu ignorieren.

Menschen und ihre Rechte ins Zentrum stellen

Die Schweiz muss sich endlich von ihrer Forderung nach strengem Sortenschutz beim Saatgut verabschieden. Und sie muss mit griffigen Massnahmen gegen den Import von chinesischen Produkten aus Zwangsarbeit vorgehen. Public Eye hat diese handelspolitischen Imperative im vergangenen Jahr mit Vehemenz eingefordert.

In unserer wegweisenden Studie «Owning Seeds, Accessing Food» von 2014 hat Public Eye die konkreten menschenrechtlichen Gefahren eines strengen Sortenschutzes aufgezeigt. Spätestens seit dann ist dessen schädliche Wirkung für kleinbäuerliche Familien im globalen Süden nicht mehr zu bestreiten. Denn solche patentähnlichen Schutzsysteme gewähren Züchtern und Züchterinnen sowie Agrarkonzernen Monopolrechte auf Saatgut. Auf der Strecke bleiben die Rechte der Bäuerinnen und Bauern am Saatgut.

Trotzdem verlangt die Schweiz in Freihandelsabkommen routinemässig einen strengeren Sortenschutz von den Partnerländern und das federführende Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist nicht bereit, die umstrittene Forderung fallen zu lassen. Dies zeigen die aktuellen Verhandlungen mit Malaysia. Um den Druck

auf die Schweiz zu erhöhen, hat sich Public Eye Anfang letzten Jahres mit einem halben Dutzend Partnerorganisationen zur Koalition «Recht auf Saatgut» zusammengeschlossen. Mit verschiedenen Aktionen, einer eigenen Webseite und einem eigens produzierten Erklärvideo haben wir eine breitere Öffentlichkeit für die Problematik sensibilisiert.

Die Koalition steht auch in stetem Austausch mit dem Seco und hat die Verantwortlichen im direkten Gespräch zum Verzicht auf die umstrittene Forderung gedrängt. In einem von der Koalition initiierten und von 250 Organisationen aus 60 Ländern mitgetragenen Brief haben wir die zuständigen Ministerien in den EFTA-Staaten aufgerufen, die Doppelstandards zu beenden. Denn wie unsere Koalition aufzeigen konnte, drängen die Schweiz, Norwegen und Liechtenstein die Handelspart-

ner zu Sortenschutzgesetzen, die sie selbst nicht erfüllen. Noch haben wir keine offizielle Antwort auf unseren Brief erhalten. Das Seco hat uns jedoch versichert, dass aktuell entsprechende Diskussionen in der EFTA geführt werden.

Chinesische Produkte aus Zwangsarbeit

Der zweite Schwerpunkt unserer letztjährigen Arbeit fokussierte auf Chinas menschenverachtende Minderheitenpolitik – und die fehlende handelspolitische Reaktion der Schweiz darauf. Zwar hat sie im UNO-Menschenrechtsrat gegen Chinas Behandlung der uigurischen Gemeinschaft protestiert (was von China mit der Sistierung des Menschenrechtsdialogs bestraft wurde), konkrete Schritte zur Verhinderung von Importprodukten aus uigurischer Zwangsarbeit im Rahmen des Freihandelsabkommens blieben jedoch aus.

Auch hier hat Public Eye die Kräfte gebündelt und zusammen mit Partnerorganisationen ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses hat unsere bereits bei Vertragsabschluss 2013 vorgebrachte Kritik bestätigt: Das Freihandelsabkommen mit China bietet keine Handhabe, um zu verhindern, dass Produkte aus solcher Zwangsarbeit auf den Schweizer Markt gelangen, denn es «enthält keine Bestimmungen zum Schutz der Menschen-

rechte». Das Gutachten empfiehlt daher, dass die Schweiz die Grundlagen ihrer Menschenrechtspolitik künftig im Aussenwirtschaftsrecht festlegt. ■

Ausblick

- ▶ Zusammen mit unseren Partnerorganisationen werden wir 2021 die Erkenntnisse aus dem China-Gutachten in die parlamentarische Debatte tragen und damit unserer Forderung nach einer menschenrechtskonformen Aussenwirtschaftspolitik Nachdruck verleihen.
- ▶ Zudem hoffen wir, dass der Text des Mercosur-Abkommens – eineinhalb Jahre nach Verhandlungsabschluss – endlich veröffentlicht wird. Erst damit wird es uns möglich sein, dieses Freihandelsabkommen mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay einer kritischen Analyse zu unterziehen und zu überprüfen, ob Zollkonzessionen konsequent an Nachhaltigkeitsforderungen und den Schutz von Menschen- und Arbeitsrechten geknüpft worden sind. Denn dies ist das Gebot der Stunde und muss dringend zum neuen Standard der Schweizer Handelspolitik werden.

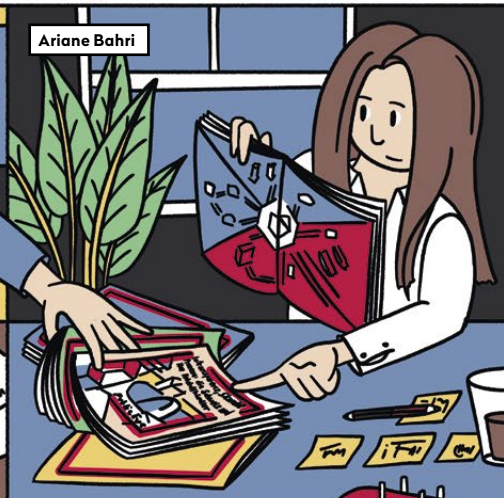
David Mühlemann



Romeo Regenass



Ariane Bahri



Anne Fishman



Eva Sutter

Wenig Schulbesuche – dafür ein neues Thema

Obwohl viele Schulbesuche abgesagt werden mussten, konnten vor und nach dem Lockdown vereinzelt welche durchgeführt werden. Dafür fanden wir Zeit für die Erarbeitung eines neuen Themas.

Anfang Jahr verabschiedeten wir Pascale Zellweger aus dem Koordinationsteam. An ihrer Stelle hiessen wir Eva Sutter als Schulbesuchskoordinatorin willkommen. Mit Corona wurde es ein herausforderndes Jahr, es konnten aber trotz allem 13 Schulbesuche in der ganzen Deutschschweiz durchgeführt werden. Zudem fokussierte sich das Koordinationsteam auf die didaktische Aufbereitung von Inhalten. Daraus resultierte das neue Thema «Kritischer Konsum am Beispiel von Lebensmitteln».

Die Vernetzung ist ebenfalls wichtig. Das Schulbesuchsteam ist Teil des von éducation21 geleiteten «Netzwerk BNE (Bildung für Nachhaltige Entwicklung) ausserschulischer Akteure», dem verschiedene Organisationen mit Bildungsangeboten angehören. Bei den Netzwerktreffen diskutieren die Beteiligten wichtige Spannungsfelder, die in der Vermittlungstätigkeit auftauchen. Dieses Jahr fanden drei Treffen statt. ■

In der Deutschschweiz gibt es seit vielen Jahren das Public Eye Schulbesuchsprogramm, bei dem Freiwillige in Schulklassen Nachhaltigkeit zum Thema machen.

THEMEN/ALTERSSTUFE SCHULBESUCHE

Schokolade: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.) und Sek. I

Kleider: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.), Sek. I und untere Sek. II

Handy, Computer, Elektronik: ab Sek. I und untere Sek. II

Fleisch, Ernährung, Hunger: ab Sek. I und untere Sek. II

Fairer Handel: ab Sek. I und untere Sek. II

Interessieren Sie sich als Lehrperson für einen Schulbesuch von Public Eye oder möchten Sie selbst im Team der Schulbesuchenden aktiv werden?

Kontakt: schulbesuch@publiceye.ch oder publiceye.ch/schulbesuch

Engagement in Zeiten von Corona

Auch für unsere neun Regionalgruppen (Regrus) war 2020 ein herausforderndes Jahr. Es hätte ein Jahr mit unzähligen Aktivitäten zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI) werden sollen. Dann kam Corona.

Das Jahr war eine Achterbahn für die Regrus-Aktivitäten. Die Enttäuschung war gross, als ab März viele geplante Projekte abgesagt werden mussten: Filmabende zur KVI, das Ostschweizer Sozial- und Umweltforum, die Saatgutausstellung, die Infostände rund um den Fashion Revolution Day, Kleidertauschbörsen und viele mehr.

Im Frühlings-Lockdown und über die Sommermonate organisierten sich die Regrus an Online-Sitzungen neu – ein Novum für viele. Im Herbst gab es dann doch ein paar Filmabende und Aktionen, um die KVI sichtbar zu machen. Spätestens Ende Oktober fand das Engagement dann wieder mehrheitlich online oder coronakonform draussen statt.



© Regionalgruppe Zürich

© Regionalgruppe Winterthur

Breite Unterstützung off- und online

Mit der Situation rund um Corona waren wir schon froh, wenn überhaupt etwas stattfinden konnte. Wir ziehen den Hut vor der Kreativität der Regrus, die sich trotz erschwelter Umstände nicht haben demotivieren lassen und verschiedenste Wege gefunden haben, die Themen von Public Eye unter die Leute zu bringen. Die Fotos geben einen Eindruck davon. Auch online durften wir breite Unterstützung erfahren. So machte beispielsweise die Regru Winterthur die KVI mit Beiträgen von namhaften Künstlerinnen und Illustratoren wie Ruedi Widmer, Felix Schaad oder Pipilotti Rist auf Social Media sichtbar (siehe publiceye.ch/kvi-kunst).

Mitmachen

Lust, bei Public Eye als Freiwillige/r mitzumachen?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Ursina Mayor/Ursula Haller)

Kontakt Suisse Romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 03 03 (Danielle Schoenenberger)

Infos: publiceye.ch/regionalgruppen



Die Zeit nach der KVI

Nun ist sie also da, die Post-KVI-Zeit. Das grosse Projekt, das die Regrus und Public Eye die letzten Jahre begleitet hat, endete am 29. November 2020. Das grosse Dankesfest, das wir für die Hunderten von Engagierten zum Abstimmungstag angedacht hatten, fand leider nicht statt; das ist aus unserer Sicht besonders bitter. Gerne hätten wir mit allen gefeiert und persönlich Danke gesagt. Wir sind froh und dankbar, dass wir in den Regrus so viele Personen haben, die Public Eye unterstützen und helfen, die Öffentlichkeit zu unseren manchmal recht komplexen Themen zu sensibilisieren! ■

Freiwilligenarbeit in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	0	0
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	39	1320
Vorstand	12	611
Regionalgruppen	200	5108
Total	251	7039



Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die Geschäftsleitung wird von einem vierköpfigen Kollektiv wahrgenommen. Die politische Abteilung wird von Christa Luginbühl (Schwerpunkte Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit) und Andreas Missbach (Schwerpunkte Rohstoffe – Handel – Finanzen) geleitet. Christian Engeli ist verantwortlich für die Abteilung Kommunikation und Marketing, Alessandra Silauri für die Abteilung Finanzen und Administration.

Ein starkes Team

Per Ende 2020 arbeiteten in den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne 36 festangestellte Personen (alle in Teilzeit). Hinzu kommen befristet angestellte Fachpersonen und Praktikantinnen sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (*gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 40 und 41*).

Für die Mitarbeitenden von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der mit der Gewerkschaft VPOD

erarbeitet wurde. Die Personalinteressen werden durch eine fünfköpfige Personalkommission gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand vertreten.

Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die elf Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (*siehe Seite 39*). 2020 hielt der Vorstand vier Sitzungen ab und engagierte sich während 611 Stunden ehrenamtlich. ■

Organigramm

(Stand Dezember 2020)



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Mitglieder sowie Spenderinnen und Spender im Tessin betreuen. Neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros. ■

Generalversammlung 2020

Für einmal befand sich Public Eye in der gleichen Situation wie die Credit Suisse, Roche oder Glencore: Wegen Covid-19 konnte die Generalversammlung nicht wie geplant stattfinden.

Der für Juni geplante Anlass musste abgesagt werden, die Abstimmungen wurden auf schriftlichem Weg durchgeführt – leider ohne spannende Gespräche beim Apéro, dafür mit einer rekordhohen Teilnahme: 1257 Mitglieder haben sich beteiligt und die Stimmkarte zurückgeschickt. Gefreut haben uns die vielen mitgeschickten Kommentare und Aufmunterungen zur Coronasituation und zu unserer Arbeit.

Wichtigstes Geschäft war die Erneuerung des Vorstands: Aline Gavillet und Yann Lenggenhager wurden neu in den Vorstand gewählt. Zurückgetreten ist Elisabeth Chappuis. Wir danken ihr herzlich für ihr Engagement!

Wir danken allen Mitgliedern, die sich an dieser aussergewöhnlichen Generalversammlung beteiligt haben. Ein grosser Dank geht auch an die Freiwilligen, die uns bei der Auszählung unterstützt haben. Die Generalversammlung 2021 findet hoffentlich wieder in normalem Rahmen statt – am 12. Juni in Olten. ■



Vorstand

Präsidentin

- ▶ **Pierrette Rohrbach**, Mitglied im Vorstand der Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO). Im Vorstand seit 2007, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I (Islamwissenschaft), Assistentin der Geschäftsführung des Schweizerischen Bühnenkünstlerverbands und Beauftragte der Stadt Zürich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.

Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.
- ▶ **Aline Gavillet**, Sozialarbeiterin im CHUV, Präventions- und Unterstützungsprogramm betreffend den Gebrauch von Psychopharmaka im Jugendalter. **Neu im Vorstand** seit 2020.

- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Geschäftsführerin Evangelischer Frauenbund Zürich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- ▶ **Alessia Jemetta**, Pflegefachfrau. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Yann Lenggenhager**, ehemaliger IKRK-Delegierter Mittlerer Osten und Nordafrika, Geschichtslehrer an mehreren Schulen im Kanton Zürich, Menschenrechtsaktivist. **Neu im Vorstand** seit 2020.
- ▶ **Res Peter**, Pfarrer an der reformierten Kirchgemeinde Zürich-Neumünster, Vizedekan Pfarrkapitel Zürich. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Alfred Sommer**, Master in Public Administration, selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied der Finanzkommission und des Ausschusses für Personalfragen.

Austritt 2020

- ▶ **Elisabeth Chappuis**, Rechtsanwältin, Lausanne.
Wir bedanken uns herzlich für die Arbeit und das Engagement!

Team

Stand 31.12.20

FACHABTEILUNGEN (1240 Stellenprozente)

Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit

- › **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- › **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Ernährung (LS)
- › **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- › **Gabriela Hertig**, Gesundheitspolitik (ZH)
- › **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft und Ernährung (ZH)
- › **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- › **Timo Kollbrunner**, Recherchen und Reportagen (ZH)
- › **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)*

Rohstoffe – Handel – Finanzen

- › **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik (ZH)
- › **Adrià Budry Carbó**, Recherchen (LS)
- › **Agathe Duparc**, Recherchen (LS)
- › **Anne Fishman**, Rohstoffe und Finanzen (LS)
- › **Andreas Missbach**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **David Mühlemann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- › **Urs Rybi**, Rohstoffe und Corporate Accountability (ZH)

KOMMUNIKATION & MARKETING (900 Stellenprozente)

- › **Ariane Bahri**, Magazin und Publikationen (LS)
- › **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- › **Oliver Classen**, Mediensprecher (ZH)
- › **Christian Engeli**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- › **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation (LS)
- › **Daphne Grossrieder**, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- › **Ursina Mayor**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)
- › **Romeo Regenass**, Magazin und Publikationen (ZH)
- › **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)
- › **Géraldine Viret**, Mediensprecherin (LS)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- › **Florian Duss** und **Eva Sutter** (ZH)

FINANZEN & ADMINISTRATION (600 Stellenprozente)

- › **Cornelia Celio**, Buchhaltung und Personaladministration (ZH)
- › **Sonia Cirillo**, Finanzen (ZH)
- › **Baptiste Corthay**, Buchhaltung, Personaladministration und Informatik (LS)
- › **Lupe Esteves**, Buchhaltung und Datenpflege (ZH)
- › **Ursula Haller**, Administration Freiwillige (ZH)
- › **Sibylle Müller**, Administration und Mitgliederservice (LS)
- › **Silvia Ramseier**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- › **Sasha Roderer**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- › **Danielle Schoenenberger**, Administration und Regionalgruppen (LS)
- › **Alessandra Silauri**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (LS)

AUSTRITTE 2020

- › **Anina Dalbert**, Juristin (ZH)
- › **Flurina Doppler**, Soft Commodities (ZH)*
- › **Alice Kohli**, Recherchen (ZH)
- › **Raphaël de Riedmatten**, Publikationen und Fundraising (LS)
- › **Pascale Zellweger**, Koordination Schulbesuche (ZH)

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, die die Organisation im Jahr 2020 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

*Befristete Stellen

Illustrationen

Aufgrund der aktuellen Situation konnten wir leider unsere fast schon traditionellen Jahresbericht-Fotoshootings des Teams nicht durchführen. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, unser Team und unsere Arbeit in diesem Jahr mittels Illustrationen zu inszenieren. Diese zeigen, wie wir trotz der räumlichen Distanz zusammenarbeiten und für unsere Vision von mehr globaler Gerechtigkeit kämpfen.

Die Illustrationen wurden von opak.cc in Bern realisiert.

Danke von ganzem Herzen

Das KVI-Abstimmungsjahr hat gezeigt, was wir mit vereinten Kräften erreichen können. Unseren engagierten Mitgliedern, Spenderinnen und Freiwilligen gebührt ein grosses Dankeschön!

Rund 27 000 Mitglieder unterstützen unsere Forderungen für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen weltweit und somit für eine Schweizer Politik und Wirtschaft, die verantwortungsvoll handelt. Zusammen mit den vielen Spenderinnen und Spendern ermöglichen sie unsere Recherchen und Kampagnen.

Unsere Dankbarkeit geht insbesondere auch an jene Mitglieder, die uns ausserordentlich grosszügige Spenden anvertraut haben und an die Menschen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt haben.

Folgende Stiftungen, Kirchgemeinden und andere Organisationen haben uns im Jahr 2020 grössere Beiträge (ab 10 000 Franken) zukommen lassen: Alfred Richter Stiftung, Däster-Schild Stiftung, Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO), Fondation Salvia, Katholische Kirche der Stadt Luzern, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern,

Paul Schiller Stiftung, Stiftung Corymbo, Stiftung Edith Maryon, Stiftung Temperatio und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten. Auch ihnen danken wir herzlich für das Vertrauen in unsere Arbeit.

Gespendete Zeit

Bei Public Eye engagieren sich ausserdem zahlreiche Freiwillige: Motivierte Mitglieder von neun Regionalgruppen und einem Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Die elf Vorstandsmitglieder von Public Eye sind ebenfalls ehrenamtlich tätig. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Auch im Jahr 2021 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns. Wir hoffen, dass wir dabei erneut auf grosse Unterstützung zählen dürfen. ■

Jahresrechnung 2020

RECHNUNGSLEGUNG 2020 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Trotz der Coronapandemie blieben wir im Jahr 2020 auf Kurs und verzeichneten einen Gesamtertrag in der Höhe von knapp über 5,8 Millionen Franken. Dank der breiten Unterstützung durch unsere Mitglieder und diverse Organisationen belief sich das Finanzergebnis auf fast 600 000 Franken. Dies lässt uns dem kommenden Jahr wesentlich gelassener entgegensehen.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge ist um 2,5 % gestiegen und betrug insgesamt 1,9 Millionen Franken. Dank sehr positiven Reaktionen auf unsere Spendenaufrufe – u. a. zur Unterstützung der Textilarbeiterinnen in der Coronapandemie und der Abstimmungskampagne zur Konzernverantwortungsinitiative – fiel der Spenderertrag mit über 3,1 Millionen Franken höher aus als 2019. Ausserdem erhielten wir Legate in der Höhe von mehr als 137 000 Franken. Die Projekterträge beliefen sich auf 611 132 Franken, womit wir den gesamten Projektaufwand decken konnten. Der Personalaufwand war entsprechend dem Anstieg der Mitarbeitendenzahl etwas höher als im Vorjahr. Der administrative Aufwand fiel gegenüber dem Vorjahr geringer aus, was hauptsächlich auf die durch Corona ausgelöste Homeoffice-Situation zurückzuführen ist.

Ein positives Jahresergebnis

Dank einer sehr guten Kostenkontrolle und da gewisse Projekte aufgrund der äusserst schwierigen Situation in manchen Ländern verschoben werden mussten, schliessen wir das Jahr mit einem Ergebnis von 599 756 Franken ab. Davon weisen wir 100 000 Franken an das gebundene Kapital für den Sozialplan sowie 150 000 Franken an das gebundene Kapital für den Legateausgleich. Das Fondskapital – hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen bestehend – belief sich Ende 2020 auf 12 398 Franken. Damit beläuft sich das Organisationskapital nach Abschluss des Geschäftsjahres auf über 4,2 Millionen Franken. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%		%
Umlaufvermögen						
Flüssige Mittel	4 524 189	90	4 246 337	94		7
Forderungen	204 313	4	3 439	0		5839
Vorräte	5 189	0	6 283	0		-17
Aktive Rechnungsabgrenzung ¹	169 786	4	84 297	2		101
Total Umlaufvermögen	4 903 477	98	4 340 356	96		13
Anlagevermögen						
Finanzanlagen ²	22 343	0	22 343	1		0
Mietkaution	42 372	1	42 372	1		0
Sachanlagen	58 989	1	108 319	2		-46
Total Anlagevermögen	123 704	2	173 034	4		-29
Total Aktiven	5 027 181	100	4 513 390	100		11
Passiven						
	CHF	%	CHF	%		Veränderung %
Kurzfristiges Fremdkapital						
Verbindlichkeiten ³	191 815	4	127 408	3		51
Kurzfristige Rückstellung ⁴	150 000	3	150 000	3		0
Passive Rechnungsabgrenzung	77 103	2	50 420	1		53
Passive Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit	366 263	7	426 251	9		-14
Total kurzfristiges Fremdkapital	785 179	16	754 079	17		4
Total Fondskapital	12 398	0	129 463	3		-90
Total Fremdkapital und Fondskapital	797 577	16	883 542	20		-10
Organisationskapital						
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	600 000	12	500 000	11		20
Gebundenes Kapital für Personal	880 000	17	880 000	19		0
Gebundenes Kapital für Projekte	984 864	20	984 864	22		0
Gebundenes Kapital für Legateausgleich	350 000	7	200 000	4		75
Freies Kapital	1 414 740	28	1 064 984	24		33
Total Organisationskapital	4 229 604	84	3 629 848	80		17
Total Passiven	5 027 181	100	4 513 390	100		11

Betriebsrechnung

Ertrag	2020		2019		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Spenden	3 137 414	54	2 930 702	51	7
Legate	136 934	2	196 952	3	-30
Mitgliederbeiträge	1 900 875	33	1 854 300	33	3
Projektertrag	611 132	11	674 293	12	-9
Übriger Ertrag	20 955	0	37 017	1	-43
Total Ertrag	5 807 310	100	5 693 264	100	2
Aufwand	2020		2019		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Projektaufwand					
Personalaufwand	-2 717 577	46	-2 672 522	47	2
Sachaufwand ⁵	-1 126 932	20	-1 359 191	24	-17
Total Projektaufwand	-3 844 509	66	-4 031 712	71	-5
Fundraising- und allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand	-276 492	5	-281 035	5	-2
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung ⁶	-464 449	8	-626 565	11	-26
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-740 941	13	-907 600	16	-18
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand	-544 691	10	-559 123	11	-3
Betriebsaufwand	-174 421	3	-248 040	4	-30
Total administrativer Aufwand	-719 112	13	-807 163	15	-11
Total Aufwand	-5 304 562	92	-5 746 475	102	-8
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	502 748	9	-53 211	-1	-1045

	2020		2019		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	CHF	%
Finanzerfolg	-31 203	-1	-23 543	0	33	
Total ausserordentliches, einmaliges oder periodenfremdes Ergebnis	11 146	0	766	0	-	
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	482 691	8	-75 988	-1	-735	
Veränderung zweckgebundene Fonds ⁷	117 065	2	-79 463	-1	-247	
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	599 756	10	-155 451	-3	-486	
Veränderung Organisationskapital						
Veränderung gebundenes Kapital	-250 000	4	100 000	2	-350	
Veränderung freies Kapital	-349 756	6	55 451	1	-731	
	0		0		0	

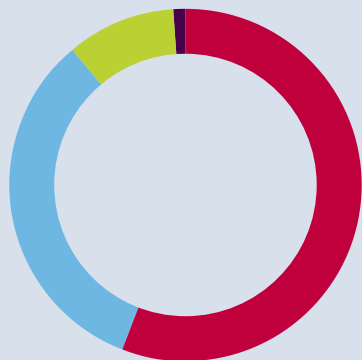
Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- ¹ In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von rund 124 030 Franken enthalten, die das Jahr 2020 betreffen.
- ² Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von durch uns mitgegründeten Firmen.

- ³ Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- ⁴ Rückstellung für die Kosten eines laufenden juristischen Verfahrens.
- ⁵ Im Jahr 2020 lag der Fokus vor allem auf der Konzernverantwortungsinitiative, zudem arbeiteten wir hauptsächlich in den Bereichen (Agrar-)Rohstoffe.

- ⁶ Im Jahr 2020 hat Public Eye, im Gegensatz zum Jahr 2019, keine zusätzlichen Massnahmen für die Mitgliedergewinnung unternommen.
- ⁷ An die zweckgebundenen Fonds wurden 1 051 418 Franken zugewiesen und 1 168 483 Franken entnommen, was zur aufgeführten Fondsveränderung führt.

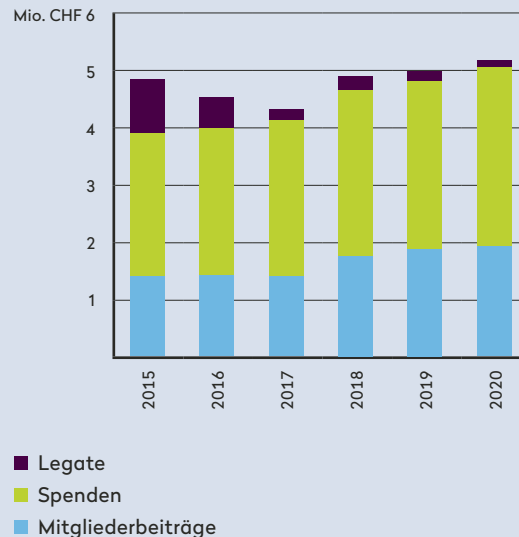
Ertrag



- 56 % Spenden und Legate
- 33 % Mitgliederbeiträge
- 10 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

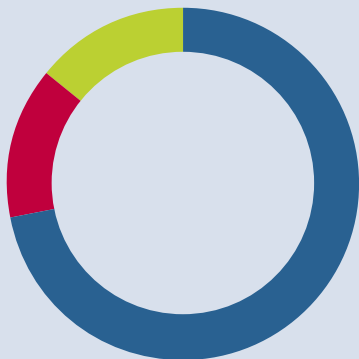
Public Eye finanzierte sich im Jahr 2020 zu 89 % aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen, Kirchgemeinden und öffentlichen Institutionen sowie Beiträgen der Fédération vaudoise de coopération. Der übrige Ertrag stammte aus Erlösen aus Warenverkäufen und Honoraren.

Spenden und Mitgliederbeiträge



Public Eye weist ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Spenden auf. Der Anstieg im Jahr 2020 ist in erster Linie auf die Kampagne für die Konzernverantwortungsinitiative zurückzuführen. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen sind leicht gestiegen, dies dank der intensiveren Mitgliedergewinnung der letzten Jahre. Die Legateinnahmen unterliegen jeweils Schwankungen. Sie liegen im Jahr 2020 mit 136 934 Franken im Rahmen des Erwarteten.

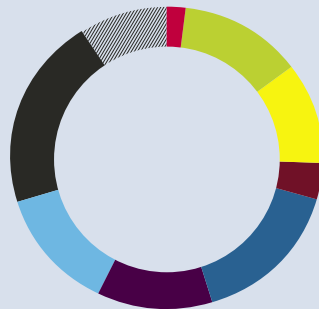
Aufwand



- 72 % Projektaufwand
- 14 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 14 % Administrationsaufwand

72% (Vorjahr 70%) des Aufwands (inklusive Personal) flossen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand betrug 14% (Vorjahr 14%) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 14% (Vorjahr 16%). Der administrative Aufwand blieb stabil. Der leichte Rückgang bei den Kosten für die Mitgliederbetreuung und die Mittelbeschaffung ist darauf zurückzuführen, dass keine besonderen Massnahmen in diesem Bereich durchgeführt wurden.

Projektaufwand



- 2 % Handel
- 13 % Landwirtschaft (Pestizide)
- 11 % Gesundheit
- 3 % Finanzen und Steuern
- 16 % Rohstoffe
- 12 % Agrarrohstoffe
- 13 % Clean Clothes Campaign
- 21 % Konzernverantwortungsinitiative
- 9 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 3 844 509 Franken (inklusive Personalaufwand) entfielen 21% auf die Konzernverantwortungsinitiative und 16% auf den Themenbereich Rohstoffe, wo wir u. a. über den Fall Libyen/Kolmar Group berichteten. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themen gewichtung. Die fachübergreifenden Ausgaben umfassten unsere allgemeine Informationsarbeit und unser Engagement für den Investigation Award.



Tel. +41 44 444 35 55
Fax +41 44 444 35 35
www.bdo.ch

BDO AG
Schiffbaustrasse 2
8031 Zürich

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
an die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, für das am 31. Dezember 2020 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstöße nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Zürich, 28. Januar 2021

BDO AG

Marco Beffa

Zugelassener Revisionsexperte

ppa. Emanuel Carvalho

Leitender Revisor

Zugelassener Revisionsexperte

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug respektive um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2020. Die komplette Rechnung 2020 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt: 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision seiner Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – ist Public Eye bis heute treu geblieben.

Wenn Unternehmen im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir recherchieren hartnäckig und enthüllen Korruption, illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards bei Faktenprüfung und Quellenschutz.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen. Deshalb richten wir uns mit Kampagnen an Unternehmen und die Politik, national und international. Public Eye sucht dabei das

Gespräch, konfrontiert und setzt sich hartnäckig für Verbesserungen ein. Wir haben ein profundes Wissen in unseren Dossiers und verfolgen unsere Ziele langfristig und ausdauernd.

Für Recherchen und Kampagnen arbeitet Public Eye mit Nicht-Regierungsorganisationen und Betroffenen zusammen. Wir engagieren uns in internationalen Netzwerken, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen. ■

► Mehr Informationen: publiceye.ch






Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 27 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Dienersstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

 @publiceye.ch
 @publiceye_ch
 @publiceye_ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye